

«Die SP hat aus der Vergangenheit gelernt»

Erneut scheitert die SP mit der Einheitskasse. Gibt sie jetzt auf? Und wie geht es in den Westschweizer Kantonen weiter, in denen die Initiative angenommen wurde? Antworten von Andreas Ladner, Politologe an der Universität Lausanne.



Das Volk will keine Radikalreform: Weiterhin werden sich in der Schweiz 61 Krankenkassen konkurrenzieren. Bild: Keystone

Herr Ladner, die Linke scheiterte bereits mehrfach mit dem Anliegen einer Einheitskasse. Keine der Initiativen erreichte eine Zustimmung über 30 Prozent. Warum versucht es die SP trotzdem immer wieder?

Die gesundheitspolitische Ausgangslage hat sich in den letzten 20 Jahren stetig verändert. Es ist daher keine Zwängerei, dass die SP zum wiederholten Mal mit diesem Anliegen an die Urne gelangt. Angesichts des hohen Kostenwachstums im Gesundheitswesen ist es folgerichtig, dass die Partei an diesem für sie sehr wichtigen Thema dranbleibt. Zudem hat die SP aus der Vergangenheit gelernt: Sie hat bei der aktuellen Vorlage versucht, ihre Forderungen so zu formulieren, dass sie breitere Zustimmung finden könnten. Einkommensabhängige Prämien sind nicht mehr Bestandteil der Initiative – sie ist also weniger radikal als ihre Vorgängerinnen.

Auch andere sozialpolitische Anliegen wie etwa die Mutterschaftsversicherung wurden erst nach mehreren Anläufen an der Urne angenommen. Steter Tropfen höhlt den Stein – wird dies dereinst auch für die Einheitskasse gelten?

Es ist ein Charakteristikum unserer direkten Demokratie, dass in der Regel keine überstürzten Entscheide gefällt werden. Reformen durchlaufen ein zeitintensives Verfahren. Dass die politischen Instanzen ausreichend Zeit haben, sich seriös mit weitreichenden Forderungen auseinanderzusetzen, ist schliesslich auch wünschenswert. Allerdings erstaunt doch, dass nicht rascher politische Massnahmen gegen die steigenden Gesundheitskosten ergriffen werden.

Offenbar ächzt die Bevölkerung aber noch zu wenig unter der Last der Gesundheitskosten. Erst letzte Woche wurden die steigenden Krankenkassenprämien für das nächste Jahr bekannt. Die hohe Ablehnung legt nahe, dass sie keinen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis hatten.

Offensichtlich ist der Druck noch nicht so gross, dass das Volk zu radikalen Schlüssen neigt. Vorherrschend ist zudem wohl die Einstellung, dass mit der Gesundheit nicht gespart werden sollte. Weil die Folgen eines radikalen Systemwechsels nicht bis im Detail vorhersehbar sind, ist die Bevölkerung

Von Raphaela Birrer
Bundeshausredaktorin
@raphaelabirrer 16:08

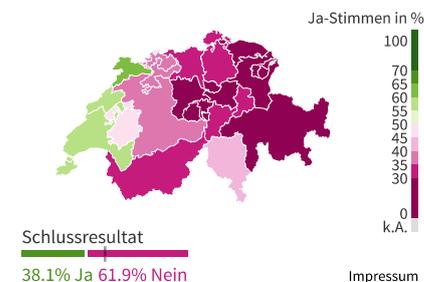
Stichworte

[Abstimmung 28. September 2014](#)
[Abstimmung](#)



«Im Welschland herrscht ein anderes Staatsverständnis vor»: Der Politologe Andreas Ladner lehrt an der Universität Lausanne.

Chart-Map 2014



Artikel zum Thema

«Ein Dutzend Kassen sind genug»

Auch nach einem Nein zur Einheitskasse dürfte die Anzahl Krankenkassen weiter zurückgehen. [Mehr...](#)
Markus Brotschi Bern. 18.09.2014

Das kostet die Einheitskasse

Gegner und Befürworter hantieren mit allerlei Zahlen zur Einheitskasse. GesundheitsökonomInnen sagen, was davon zu

zurückhaltend. Schliesslich könnte ein drohender Leistungsabbau jeden treffen. Die gut funktionierende Gesundheitsversorgung wird als Errungenschaft gewertet, die es nicht zu gefährden gilt. Solange daher die Beiträge an das bestehende System für den Durchschnittsbürger finanziell zu bewältigen sind, ist er bereit, dieses weiterhin mitzutragen.

Das heisst, wir werden kaum mehr ein weiteres Mal über die Einheitskasse abstimmen.

Das ist kaum denkbar – bisher war ein Erfolg jedes einzelne Mal in weiter Ferne. Erfolgsversprechender für die SP wäre es, von ihrer Maximalforderung wegzukommen und Hand für ein breiter abgestütztes Reformpaket zu bieten. Eine Konsenssuche im Stile eines überparteilichen runden Tisches wäre zielführender. Eine solche Lösung zu generieren, wäre indes aufwendig. Die Alternative zu einer weitgreifenden Reform wäre, lediglich an bestimmten Stellen korrigierend einzugreifen, um die Kosten in den Griff zu bekommen – wie es nun etwa mit dem Krankenkassenaufsichtsgesetz umgesetzt werden soll.

Initiativen haben oft auch solche indirekten Effekte: Sie können Reformen anstossen und den politischen Gegnern Konzessionen abringen. Haben sich in dieser Hinsicht die wiederholten Mühen der Linken gelohnt?

Die Initianten müssen mit ihren Forderungen nicht zwingend an der Urne durchkommen, um im Kampf für ihr Anliegen Erfolge zu erzielen. Bei der Einheitskasse ist es der SP in den letzten Jahren immerhin gelungen, die öffentliche Wahrnehmung auf ihr Anliegen zu lenken und dieses Feld kontinuierlich zu bearbeiten. Wenn man sich wie die Linken in einem politischen Themenbereich in der Minderheit befindet, lässt sich mithilfe von Radikalforderungen eine Debatte anstossen. Und mit der Verfeinerung des Risikoausgleichs, der Rückerstattung der Krankenkassenprämien in gewissen Kantonen sowie der geplanten Krankenkassenaufsicht wurden auch konkrete Fortschritte erzielt.

In der Romandie reicht die Zustimmung bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Warum hat das Welschland weniger Berührungängste mit der Einheitskasse?

In der Westschweiz herrscht ein anderes Staatsverständnis vor. Eine zentrale Regulierung ist hier nicht des Teufels – im Gegenteil, sie wird begrüsst. Dagegen ist in der Deutschschweiz die Angst vor einer mächtigen staatlichen Organisation im Gesundheitsbereich gross. Zudem ist die Prämienbelastung in vielen Westschweizer Kantonen hoch. Kommt hinzu, dass sich in der Romandie profilierte linke Politiker an vorderster Front für das Anliegen eingesetzt haben – auch das hat die öffentliche Meinung geprägt.

Genf und die Waadt kündigten bereits vor dem heutigen Urnengang an, kantonale Einheitskassen etablieren zu wollen. Dafür müsste aber das Bundesgesetz geändert werden. Wie beurteilen Sie die Chancen des Unterfangens angesichts dieser jüngsten Schlappe?

Wenn die Westschweizer dabei in Bundesbern mit dem Föderalismus argumentieren würden, dürften ihre Chancen nicht schlecht sein. Die Strukturierung der Krankenkassen ist schliesslich kein Bereich, der für den nationalen Zusammenhalt essenziell wäre. Wenn die beiden welschen Kantone glaubhaft machen können, dass nur die Einheitskasse das richtige System für sie sei, dürfte die Deutschschweiz kaum ein Problem damit haben. Dies entspricht schliesslich auch dem Willen der Genfer und der Waadtländer Bevölkerung.

Von der Einführung einer Einheitskasse wären alle betroffen, und der SP liegt das Thema besonders am Herzen. Und doch war der Abstimmungskampf lau. Worauf führen Sie das zurück?

Die Meinungen waren wegen der wiederholten Forderung einer Einheitskasse bereits früh gemacht. Zudem wurde in der Pro-Kampagne zu wenig ersichtlich, welcher Gewinn aus der Umstrukturierung resultieren würde. Dass damit Verwaltungskosten im dreistelligen Millionenbereich gespart werden könnten, verfiel angesichts der Gesundheitskosten in Milliardenhöhe nicht. Eine Administrativreform wirkt ausserdem weniger mobilisierend als beispielsweise die freie Arztwahl, die mit einer

halten ist. Und wie alternativ Kosten gespart werden könnten. [Mehr...](#)
Von Raphaela Birrer 24.06.2014

Einheitskasse vernichtet mehr als 2000 Arbeitsplätze

Die Initianten der Einheitskasse räumen in einem Gutachten ein, dass der Systemwechsel bis zu 2250 Stellen kosten könnte. Sie gehen aber davon aus, dass der Verlust kompensiert wird. [Mehr...](#)
16.08.2014

Dossiers

 [Zweimal Nein](#)

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

Blog



Leistungsveränderung verknüpft wäre.

Mit Gesundheitsminister Alain Berset stellte sich der eigene Bundesrat gegen das Anliegen der SP. Hemmte diese Konstellation die Sozialdemokraten im Abstimmungskampf?

Für die SP machte es Bersets ablehnende Haltung schwieriger, ihre Anhänger zu mobilisieren. Das widerspiegelt sich auch im Abstimmungsergebnis: Die hohe Ablehnung in der Deutschschweiz verdeutlicht, dass es ihr nicht einmal gelungen ist, die Reihen innerhalb des linken Lagers zu schliessen. (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

(Erstellt: 28.09.2014, 15:07 Uhr)